

# Pressemitteilung

11. Januar 2024

SoVD in Niedersachsen fordert Übernahme der Investitionskosten

## Hohe Pflegeheimkosten: „Betroffene nicht weiter im Regen stehen lassen“

**Hannover. In Niedersachsen werden Plätze in Pflegeheimen immer teurer – obwohl sich die Zuschüsse erhöht haben. Seit dem 1. Januar müssen Betroffene laut VDEK-Erhebung monatlich 80 Euro mehr zahlen als noch ein Jahr zuvor. Für den Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen ist das ein unhaltbarer Zustand. Denn: Immer mehr Pflegebedürftige müssen Sozialhilfe beantragen, weil sie die Kosten alleine nicht mehr stemmen können. Der SoVD fordert deshalb die Landesregierung auf, ihre Blockadehaltung zu beenden und die Investitionskosten für Pflegeheimplätze zu übernehmen.**

Immer mehr Menschen in Niedersachsen kommen verzweifelt zum SoVD, weil sie die Kosten für einen Pflegeheimplatz nicht mehr zahlen können. „Die Betroffenen wissen meistens nicht mehr weiter. Obwohl viele eine durchschnittliche Rente bekommen, stehen sie finanziell mit dem Rücken zur Wand. Da bleibt dann nur der Gang zum Sozialamt. Das ist wirklich beschämend“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Zwar gebe es neuerdings höhere Zuschüsse für die Pflegeheimkosten, diese laufen jedoch offensichtlich ins Leere.

„Dass trotz höherer Zuschüsse durch die Pflegeversicherung die Kosten um 80 Euro im Monat gestiegen sind, zeigt deutlich, dass das Ganze zwar gut gemeint, aber bei Weitem nicht ausreichend ist“, so Swinke. Hier müsse dringend nachgebessert werden. „Vor allem muss die niedersächsische Landesregierung endlich eingreifen. Seit Langem fordern wir, dass die Investitionskosten wieder übernommen werden. Sie machen immerhin 20 Prozent des Eigenanteils aus, den Betroffene zahlen müssen“, betont der Vorstandsvorsitzende. Allerdings blockiere die Politik diese Kostenübernahme. „Dabei wäre das eine schnelle und unkomplizierte Entlastung. Wenn es der Landesregierung ernst ist mit der Unterstützung von Pflegebedürftigen, dann muss die Übernahme jetzt kommen. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürfen nicht weiter im Regen stehen gelassen werden“, fordert er.